

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 5

Artikel: Brief aus Berlin
Autor: Müller, Karl H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335697>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief aus Berlin

Mitte April 1947.

Wie die Versicherungsanstalt Berlin im Februar dieses Jahres mitteilte, beträgt der *durchschnittliche Bruttolohn* des sozialversicherten Arbeiters und Angestellten in Berlin 182 Mark im Monat. Dieses Einkommen reicht nach den Unterlagen des Wirtschaftsamtes der Stadt Berlin in sehr vielen Fällen nicht aus, um auch nur die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten. So benötigt ein vierköpfiger Arbeiterhaushalt für Nahrung, Miete, Steuern, Sozialversicherung und andere Lebensnotwendigkeiten mindestens 42 Mark in der Woche. Selbst wenn also das Einkommen eines Arbeiters nicht an der unteren Lohngrenze liegt, ist er nicht in der Lage, irgendwelche Sonderanschaffungen zu machen. Schätzungsweise muß der Arbeiter im Durchschnitt 5,28 Mark in der Woche für Miete bezahlen. Der ungelernte Arbeiter verbraucht etwa 50 Prozent seines Einkommens für die Ernährung (rationierte Lebensmittel), während der gelernte nur etwa 40 Prozent seiner gesamten Lebenshaltungskosten dafür aufwendet.

Nach den Untersuchungen im Statistischen Amt und in den beteiligten städtischen Stellen beträgt das Monatseinkommen der Berliner gegenwärtig rund 200 Millionen Mark. Die Kosten für die Ernährung (rationierte Lebensmittel) betragen für jeden Berliner durchschnittlich im Monat 20 Mark, das sind bei drei Millionen Berlinern monatlich 60 Millionen Mark. Rund 20 Prozent des Einkommens werden für Versicherungen bezahlt, 17 bis 18 Prozent für Steuern, insgesamt also rund 80 Millionen Mark. Die restlichen 60 Millionen Mark stehen für Wohnungsmieten, Strom- und Gasverbrauch usw. zur Verfügung.

Bei der Errechnung der Lebenshaltungskosten ist jedoch zu berücksichtigen, daß fast alle Waren und Dienstleistungen, die nicht der Rationierung unterliegen, zum Teil ungeheure Preissteigerungen aufweisen. Für eine Schuhbesohlung zum Beispiel, die heute fast das Doppelte im Vergleich zu früher kostet, muß man dem Schuster nicht nur Leder oder Ersatzstoff, sondern auch Nägel mitbringen. Auch diese sind aber nur «schwarz» erhältlich. Will man die Schuhe schnell, das heißt innerhalb von ein bis zwei Wochen besohlt haben, so muß man sich dem Schuster noch außerdem irgendwie gefällig erweisen, ihm ein paar Zigaretten (bei einer Ration von 12 Stück im Monat) oder sonstige «Realwerte» zustecken. Dieses System ist auf allen Gebieten gang und gäbe und läßt sich rechnerisch natürlich nicht erfassen.

Wie mir *aus dem Westen* mitgeteilt wird, beträgt der Bruttoverdienst eines Bergarbeiters rund 170 Mark im Monat. Befragungen haben ergeben, daß mit diesem Betrag bei voller Ausnutzung der Punktkarte (Zusatzverpflegung mit Nahrungsmitteln, Zigaretten usw.) der Lebensunterhalt nur etwa zur Hälfte gedeckt werden kann. Das bedeutet für den Bergarbeiter einen sehr erheblichen Zuschußbedarf, den er aus Spareinlagen, durch Verkauf von Sachwerten oder durch anderweitige Arbeit decken muß. Es überrascht daher nicht, wenn man hört, daß auch der Bergarbeiter auf dem schwarzen Mark tätig ist, ja, um zu Geld zu kommen, häufig genug Sonderrationen seiner Punktkarte verkauft. Der Bergarbeiter erhält zurzeit insgesamt rund 4000 Kalorien täglich, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß er die Zusatzverpflegung normalerweise mit seiner Familie, insbesondere seinen Kindern, teilt.

Sehr aufschlußreich ist ein *Bericht der amerikanischen Militärregierung*, der die Wirtschaftsentwicklung in der amerikanischen Zone seit Mai 1945 bis Ende November 1946 beschreibt. Es bestehen dem Bericht zufolge drei verschiedene, sich jedoch überschneidende Preisgebiete. Auf dem der geregelten oder gesetzlichen Preise gibt es praktisch keine Inflation. Das zweite Gebiet ist das der sogenannten Zwischen- oder Schwarzmärkte, auf denen ebenfalls keine progressive Tendenz erkennbar ist. Dann nennt der Bericht ein Gebiet, auf dem die Inflation «vollkommen» ist. Die Preise der rationierten Lebensmittel liegen nicht mehr als 20 Prozent über dem Vorkriegsstand. Die monatlichen Ausgaben einer vierköpfigen Arbeiterfamilie für rationierte Lebensmittel schwanken zwischen 55 und 80 Mark je nach der Einstufung. Obwohl die Steigerung der Lebenshaltungskosten seit der Kapitulation verhältnismäßig gering ist, bereitet sie der Zone doch schon «einige Sorgen», da zwar die Lohnhöhe unverändert geblieben ist, aber doch das Nettoeinkommen der meisten Familien durch Steuern und Minderbeschäftigung erheblich gesunken ist. — Ein besonderes Problem bildet *der schwarze Markt*. Nach dem Bericht schwankt der Wert der Mark auf diesem zweiten Preisgebiet zwischen einem Zehntel und einem Hundertstel oder noch weniger des Wertes, den sie bei den legalen Lohn- und Preistransaktionen aufweist. Die sehr hohen Preise, die für den deutschen Schwarzmarkt charakteristisch sind — vergleichsweise viel höher als in den meisten andern Ländern, auf das legale Preisniveau bezogen — werden als wichtiger Grund für den Wunsch bezeichnet, diese beiden Märkte völlig getrennt zu behandeln. Mit wenigen Ausnahmen muß die Währung des schwarzen Marktes von Sparmitteln oder von Verkäufen aus privatem Besitz herstammen. Ein Lohnbezieher müßte über ein Jahr sparen, ehe er genügend Geld zusammen hätte, um ein Pfund Kaffee auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Demgegenüber steht jedoch die merkwürdige Tatsache des fast völligen Fehlens einer fortlaufenden Verschlechterung, wie es für eine progressive Inflation typisch wäre. Wenn geltend gemacht wird, daß ja auch keine nennenswerte Notenvermehrung mehr stattgefunden hat, so bleibt zu berücksichtigen, daß das bewegte Gütervolumen immer kleiner geworden ist, was praktisch einer Geldvermehrung gleichkommt. Der Bericht vergleicht an zwei Beispielen — Kaffee und Eiern — die Preise am Schwarzmarkt in einem kleinen bayrischen Dorf, in Ingolstadt, München und Berlin. Kaffee kostete in dem kleinen Dorf 180 Mark das halbe Kilo, 400 Mark in Ingolstadt, 170 Mark in München, 550 Mark in Berlin. Für Eier (zwei Dutzend) waren die Preise 24, 36, 120 und 240 Mark. Das dritte Gebiet der Preise wird von dem Bericht allgemein umschrieben und umfaßt einen Ausschnitt aus der Wirtschaft, in dem die Mark aufgehört hat, einen Antrieb zur Arbeit oder Produktion zu bilden. Auch dient sie nicht mehr als Wertaufbewahrungsmittel für spätere Verwendungszwecke. *Mißtrauen gegenüber der Währung* habe bei den Landwirten zum Hamstern und zur völligen Abneigung geführt, ihre landwirtschaftlichen Produkte für Geld abzuliefern. Auf der Seite des Arbeiters mache es sich im Wegbleiben von der Arbeitsstelle und in der Weigerung geltend, Arbeiten ohne teilweise Bezahlung in Sachwerten auszuführen. Bei dem Produzenten findet man die Abneigung, die erzeugten Güter für Geld zu verkaufen, es sei denn, sie erhielten gleichzeitig wieder knappe Güter als Gegenwert. In Ausnahmefällen weigern sich die Produzenten sogar, überhaupt noch für den Markt zu produzieren, indem sie Methoden wählen, die viel mehr Zeit beanspruchen, nur um den Verkauf der Ware so lange wie möglich hinauszuschieben.

In einer Entschließung der Gewerkschaften der *amerikanischen Zone* vom März dieses Jahres heißt es, daß die Lohnverhältnisse *völlig unhaltbar* geworden seien. Trotz dem angeordneten Preisstopp seien wichtige Bedarfsgüter ständig im Preise gestiegen. Als Beispiele werden Gemüse, Fisch, Gaststättenverpflegung, alle Gegenstände der Bekleidung und des Haustrates, Heimartikel, Fahrpreise und Postgebühren angeführt. Nach Auffassung der Gewerkschaften sollte man den Ausgleich der Lohn- und Preisverhältnisse nur durch Festhalten an einem gegebenen Preisstand suchen. Hierzu ist jedoch zu sagen, daß das künstlich aufrechterhaltene Preisgefüge eines der schwersten Hemmnisse für die Entfaltung der Produktion darstellt. *Es wird immer klarer, daß das deutsche Wirtschaftsproblem ohne großzügige Hilfe von außen praktisch unlösbar ist.* Selbst die Herstellung der Wirtschaftseinheit würde an diesem Zustand nichts grundsätzlich ändern können. Die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstandenen Verluste (für Berlin geschätzt auf 40 bis 50 Prozent des gesamten Immobiliar- und mobilen Vermögens) belasten die Gesamtwirtschaft und könnten, wenn überhaupt, nur wettgemacht werden durch gesteigerte Arbeitsleistung. Diese ist aber aus den in dem amerikanischen Bericht geschilderten Gründen in ständigem Sinken begriffen. Aus Hamburg wird zum Beispiel berichtet, daß in den Betrieben trotz Stilllegung zahlreicher und größter Werke heute bereits wieder 480 000 Menschen arbeiten, gegen 593 000 vor dem Krieg; in Bayern überstieg schon Mitte des vorigen Jahres die Zahl der Beschäftigten diejenige von 1938. Gleiches gilt für Großhessen. In Berlin hat von Januar bis August vorigen Jahres die Zahl der industriellen Betriebe um fast 2000, die Zahl der darin beschäftigten Personen um 73 000 zugenommen. In Niedersachsen sind bereits über 15 Prozent mehr Arbeiter und Angestellte tätig als im letzten Vorkriegsjahr. Hinter diesen *hohen Beschäftigungsziiffen* verbirgt sich aber eine verhältnismäßig geringe Produktion. In Hamburg beträgt zum Beispiel, gemessen am Vorkriegsstand, die Zahl der Beschäftigten rund 80 Prozent, die tatsächliche Leistung jedoch nur 25 Prozent! In gleicher Weise bedeuten auch die andern Beschäftigtenzahlen lediglich einen nominellen Zuwachs. Er ist fast nie in vollem Umfange einer Zunahme der Produktion gleichzusetzen. Viele Industriebetriebe beschäftigen einen großen Teil ihrer Arbeiter und Angestellten mit Aufräumungs- und Reparaturarbeiten. Die Demontage und Wegnahme von Maschinen hat an die Stelle von kräftesparenden Maschinen die Handarbeit treten lassen. Die Fabrikation ist allenthalben noch auf Umstellung und Provisorien eingestellt. Noch immer liegen objektive Fehlerquellen in Störungen der Verkehrswirtschaft, in der Verknappung von Kraft- und Lichtstrom, dem Mangel an Maschinen und Materialien und in ihrer gegenüber früher geminderten Qualität. Die subjektiven Fehlerquellen bestehen allgemein in der schlechten wirtschaftlichen Lage mit all ihren Begleiterscheinungen: Einsatz Berufsfremder mit teilweise sehr geringem Arbeitseffekt, zahlreiche Erkrankungen trotz zusätzlichen Lebensmitteln, ferner Kurzarbeit, drohende Arbeitslosigkeit usw. Die Folge davon ist verminderter Arbeitslust, der Arbeiter versucht die Arbeit zu strecken und seine Kräfte zu schonen. Ohne eine Erhöhung der Produktion von Gütern, die die Arbeitenden zu ihrer Lebensführung direkt oder indirekt benötigen, wird sich an diesem Zustand nichts ändern. Hierfür muß die Wirtschaft aber klare Kalkulationsgrundlagen erhalten. Diese aber werden gegeben sein nach Abschluß eines Friedensvertrages, Zonenvereinheitlichung, Währungsreform und — das ist meine persönliche Meinung — nach Gewährung ausländischer Kredite für Rohstoffeinfuhr.